

Wahlprogramme im Überblick: RENTE

Für alle, die nicht tausend Seiten lesen wollen: Auf den folgenden Seiten haben wir die wesentlichen Aussagen zum Thema als Zitate' gesammelt und mit kurzen, rot gedruckten, Sätzen, eingeordnet.

Autor: Michael Houben

1. FDP

Das Wahlprogramm hat 94 Seiten mit einem Vorwort und 7 Kapiteln: Im Vorwort kommt das Thema Rente nicht vor, es findet sich eher als Randaspekt in verschiedenen anderen Themenbereichen.: „Während Europa eine schwere Finanz- und Wirtschaftskrise erlebt, hat Deutschland in den vergangenen Jahren eine Erfolgsgeschichte geschrieben: So viele Menschen in Arbeit wie noch nie zuvor in der Geschichte, die besten Beschäftigungschancen für junge Menschen in ganz Europa, ein solider Staatshaushalt, steigende Löhne und steigende Renten“(S9) „Geldwertstabilität schützt die Einkommen und das Eigentum. Vor allem von Menschen mit kleinen Ersparnissen, Geringverdienern und Rentnern.“ (S10) „Deshalb kämpfen wir gegen planwirtschaftliche Tendenzen und alle Schritte in Richtung auf Einheitslöhne, Einheitskassen und Einheitsrenten. Stattdessen setzen wir auf mehr Wettbewerb und auf die Kraft liberaler Ordnungspolitik“. (S14) „Darüber hinaus haben wir die Lohnnebenkosten gesenkt – zuletzt durch die Absenkung der Rentenbeiträge auf 18,9 Prozent“ (S32) „Wir haben die private Absicherung von Erwerbs- und Berufsunfähigkeit gestärkt und für erhebliche Erleichterungen beim Sparen mit Wohneigentum („Eigenheimrente“) gesorgt. Der Erfolg unserer Politik: Überschüsse in Milliardenhöhe in der Rentenkasse und echte Haushaltsautonomie für die Bundesagentur für Arbeit“(S35) In der Pflegeversicherung sind erste Elemente zur Kapitaldeckung eingeführt, bei der Krankenversicherung ist ein wettbewerbliches Prämienmodell eingeführt und bei der Rente die private Vorsorge weiter gestärkt worden“ (S75).**Das ist erst einmal eine Beschreibung des bislang ‚erreichten‘, wobei die Rente selbst auch nur am Rand thematisiert wird.**

Renteneintrittsalter

„Wir treten für mehr Selbstbestimmung in der Rente **ohne starre Altersgrenzen** ein. Die Menschen sollen ab dem 60. Lebensjahr – bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen – den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können, sofern ihre Ansprüche aus privater, gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegen. Gleichzeitig wollen wir Barrieren für Arbeit im Alter beseitigen und Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug komplett aufheben. Die Versicherten können so ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren und den Verdienstaufschlag durch Bezug einer Teilrente kompensieren oder – wenn sie möchten – länger arbeiten“ (S36) **Früher aufhören mit entsprechen Abschlägen.... Das ist wohl nur etwas für wohlhabendere Rentner. Länger arbeiten (als bis 67) ist wohl auch nur für wenige attraktiv.**

Rentenhöhe

„Die Versicherten müssen sich in ihrer Lebensplanung darauf verlassen können, **dass sich die Höhe der Rente an den eingezahlten Beiträgen orientiert.** Deshalb stehen wir Liberale für eine konsequent beitragsbezogene Rente. Familien- oder sozialpolitische Leistungsausweitungen dürfen nicht über Beitragsmittel finanziert werden.“ (S36) **Das ist offenbar ein wesentlicher Unterschied zur CDU**

Duales System

„Wir wollen die Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zukunftsfest machen und **sie zu einem stärkeren Maße durch private und betriebliche Vorsorge, mit einem Nebeneinander der gesetzlichen Rentenversicherung, Betriebsrenten und privater Vorsorge, ergänzen.** Wir brauchen eine Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge, um unterschiedliche Risiken und Sicherheiten auszugleichen. Wir lehnen daher mit Blick auf die Generationengerechtigkeit eine Rücknahme der vergangenen Rentenreformen ab, die auf eine Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus, eine Stabilisierung der Beiträge und den Ausbau privater Vorsorge ausgerichtet waren. Eine Einheitsversicherung, zum Beispiel durch die Einbeziehung der berufsständischen Versorgungswerke, lehnen wir ab“. (S36) „Wir wollen private Vorsorge für jeden, auch Geringverdiener, attraktiv machen. Daher dürfen Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Dies ist ein wirksamer Beitrag, der Gefahr zukünftiger Altersarmut frühzeitig entgegenzuwirken.“ (S37) **Das ist einer der wenigen konkreten**

Ansätze zum Thema Rente – aber welcher Geringverdiener, der später nur Rente auf Hartz-4-Niveau zu erwarten hat, kann tatsächlich zusätzliches Geld für private Rentenvorsorge beiseitelegen?

Rentenversichererungspflicht für Selbstständige ?

In der Diskussion über die Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Selbstständige sprechen wir uns grundsätzlich **gegen eine gründungs- und innovationsfeindliche Zwangslösung aus**. Diese bedroht die Existenz von Selbstständigen und die Entstehung von Arbeitsplätzen: Wer heute schon vorsorgt, wird seine Vorsorge gegebenenfalls mit massiven Verlusten umstrukturieren müssen – und diejenigen, die sich aufgrund fehlender Gewinne eine Altersvorsorge noch nicht leisten können, werden in die Insolvenz und in die Abhängigkeit von staatlichen Transfersystemen getrieben. (S37) **Wieder ein Unterschied zur CDU**

Ost/West-Renten

„Nach der gegenwärtigen Rechtslage würden noch auf unabsehbare Zeit in Ost und West unterschiedliche Rentensysteme bestehen. Die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West ist für uns ein Gebot der Fairness.“ (S37) **Aber dazu keine Details.**

Reha statt Rente -> Gesundheit

„Durch ausreichende Finanzierung und wirkungsvolle Kooperation der Maßnahmenträger wollen wir sicher stellen, dass auch im demographischen Wandel das Prinzip „Reha vor Rente“ eingehalten werden kann. Auch im Rentenalter soll jeder bei Bedarf unterstützt werden, möglichst lange selbstständig zu leben. Das dient nicht nur dem Einzelnen, sondern hilft auch der Gesellschaft.“(S39)

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

„Alle Paare sollen die Ehe eingehen können. Bis dahin gilt: Wer gleiche Pflichten hat, verdient auch gleiche Rechte. Eingetragene Lebenspartnerschaften müssen mit der Ehe gleichgestellt werden – vor allem noch im Einkommensteuerrecht, bei der Riester-Rente und bei Adoptionen“ (S43) **Jede Partei hat ein ‚Special‘ für bestimmte Gruppen. Hier sind es Gleichgeschlechtliche.**

Fazit: Wenig Neues für Rentner – Rentenbeginn bei ausreichender Rentenhöhe schon ab 60 möglich – bei entsprechenden Abschlägen? Das können sich am Ende nur Menschen mit hohen Rentenzahlungen oder großem Privatvermögen leisten. Private und betriebliche Vorsorge weiter stärken? Das wäre schlicht eine Fortführung bisheriger Politik.

2. Die Union (CDU/CSU)

Statistik: Das Wahlprogramm hat 128 Seiten in 6 Kapiteln. Der Text enthält 42.045 Wörter. Kernaussage zum Themenkomplex ‚Rente‘ laut Vorwort: „Noch nie hatten so viele Menschen bei uns einen Arbeitsplatz wie heute. ... Die Einkommen und die Renten steigen, die Preise sind stabil. Das zeigt, von der richtigen Politik von CDU und CSU haben alle Menschen etwas. (S4) **In Kapitel 4,6 geht es dann konkret um die Rente:** „CDU und CSU stehen dafür ein, dass die gesetzliche Rente auch in Zukunft stabil und sicher ist. Wir wollen auch zukünftig eine Entwicklung der Renten, die Rentnerinnen und Rentner verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen. Die erfolgreiche Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik von CDU und CSU führt zu stabilen und sicheren Renten. Die erfreuliche Entwicklung der Löhne und Gehälter kommt den Rentnerinnen und Rentner unmittelbar zugute. Gleichzeitig haben CDU und CSU Arbeitnehmer sowie Unternehmen durch die Beitragssatzsenkungen in den Jahren 2012 und 2013 deutlich entlastet. Wir wollen, dass sich auch in Zukunft Lebensleistung sowie private und betriebliche Vorsorge für die Menschen lohnt (S73) **Die drei Säulen der Rente zukunftsfest machen. Eine zukunftsfeste Alterssicherung steht für uns auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der privaten und der betrieblichen Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt dabei die tragende Säule.** Wir haben sie gestärkt, indem wir die Rente mit 67 beschlossen haben. Bis 2029 werden wir sie schrittweise einführen. Die private und betriebliche Vorsorge wollen wir stärken. Unser Ziel ist dabei, dass die betriebliche Vorsorge auch für kleine und mittlere Unternehmen und deren Mitarbeiter attraktiv ist. Eingriffe durch europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge werden wir verhindern und uns für den Erhalt unseres bewährten Systems einsetzen. (S73)

Rentenhöhe dazu keine konkreten Angaben – außer zur: **Mindestrente**

„Wer 40 Jahre versichert ist und privat vorgesorgt hat, soll einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten.“ (Wie das finanziert werden soll bleibt offen. Gleichzeitig bleibt die Mehrheit der Rentner, die z.B. nur 39 Jahre lang privat vorgesorgt hat oder als Geringverdiener nicht privat vorsorgen konnte außen vor.) „Wir wollen weiter dafür sorgen,

dass Lebensleistung sowie private und betriebliche Vorsorge durch Freibeträge im Alter anerkannt wird. Wer für sein Alter vorgesorgt hat, muss aufgrund dieser Vorsorge besser dastehen, als jemand, der nicht entsprechend vorgesorgt hat. Damit können auch Geringverdiener eine auskömmliche Rente aus eigener Kraft beziehen.“ (S73) **Was genau das bedeutet bleibt offen)**

Altersvorsorgepflicht bei Selbstständigen

In Deutschland gibt es rund 2,6 Millionen Selbstständige ohne eigene Mitarbeiter. Viele von ihnen sind oft nur unzureichend für das Alter oder Krankheitsfälle abgesichert. Wir wollen ihren sozialen Schutz verbessern und eine **Altersvorsorgepflicht** für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind. **Dabei sollen sie zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können.** Wir werden Lösungen entwickeln, die auf bereits heute selbstständig Tätige Rücksicht nehmen und Selbstständige in der Existenzgründungsphase nicht überfordern. (S74)

Rentenpunkt für Mütter

„Wir wollen für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen und damit besser als bisher anerkennen“ (S9)

„CDU und CSU haben die Kindererziehungszeit in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. **Ab 2014 wollen wir für alle Mütter oder Väter**, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen.“ Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650 Euro mehr Rente im Jahr. Diese bessere Anerkennung ist durch die gute finanzielle Situation der Rentenversicherung und vorhandene Mittel aus dem Zuschuss des Bundes möglich. (S74) **In diesem Punkt herrscht weitgehende Einigkeit zwischen den meisten Parteien, Unterschiede aber im Detail**

Rentenansprüche für Pflegeleistungen

Pflege wertschätzen – Pflegezeiten besser in der Rente bewerten Ebenso wollen wir die Zeiten der Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigen. Wer einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen begleitet, betreut und pflegt, leistet einen großen mitmenschlichen Dienst, den wir besser anerkennen wollen. **(wie , bleibt offen)** (S73) Den Mitgliedern der eigenen Familie kommt eine besondere Verantwortung und Bedeutung bei der Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen zu. Ihr oft aufopferungsvoller Einsatz verdient Anerkennung..... Auch werden pflegende Angehörige für ihr eigenes Alter noch besser abgesichert, in dem bei gleichzeitiger Pflege von zwei oder mehr Pflegebedürftigen die rentenrechtlich wirksamen Zeiten zusammengezählt werden. (S80)

Renteneintrittsalter

„Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt ... die tragende Säule. Wir haben sie gestärkt, indem wir **die Rente mit 67 beschlossen** haben. Bis 2029 werden wir sie schrittweise einführen“ **„Die Fähigkeiten Älterer stärker nutzen.** Die Wirtschaft schätzt den Wert älterer Arbeitnehmer zunehmend. Bei der Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen liegt Deutschland mit über 60 Prozent inzwischen EU-weit auf Platz 2. In keiner anderen Altersgruppe ist die Beschäftigung stärker angestiegen. Diese Entwicklung wollen wir fortschreiben. Die Betriebs- und Tarifpartner ermuntern wir, verstärkt Weiterbildungspakte in den Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu verankern. Gemeinsam mit den Tarifparteien, Krankenkassen und weiteren Partnern wollen wir zudem das betriebliche Gesundheitsmanagement stärken und neue attraktive Angebote entwickeln. Damit wollen wir älteren Arbeitnehmern mehr Chancen auf eine gute Beschäftigung eröffnen. Wir setzen uns schließlich dafür ein, **starre Altersgrenzen auf den Prüfstand zu stellen. Da immer mehr Ältere auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben wollen, werden wir zusammen mit den Tarifpartnern bessere Möglichkeiten dafür schaffen.** Der öffentliche Dienst soll hier als Vorbild dienen. (S40) **Im Ruhestand arbeiten – Hinzuverdienstregeln flexibler ausgestalten** Immer mehr Ältere wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Das wollen wir unterstützen, nicht zuletzt, weil unsere Wirtschaft auf erfahrene Fachkräfte angewiesen ist. So wollen wir Verbesserungen für ältere Menschen beim flexiblen Übergang in den Ruhestand erreichen. Hierfür wollen wir die Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenen Altersrenten weiterentwickeln. Bezieher von Erwerbsminderungsrenten werden wir mit einer spürbaren Erhöhung ihrer Rentenansprüche besser stellen und ihnen damit eine sichere Versorgung ermöglichen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Menschen wollen wir durch bessere Gesundheitsleistungen und darüber hinaus durch eine bessere Anpassung der Rehabilitationsleistungen an den sich verändernden Altersaufbau unserer Gesellschaft fördern. (S74) **Wollen ältere Menschen im Alter dazuverdienen ? Oder müssen Sie?**

Ost-/West

„**Rentenangleichung kommt voran – Besonderheiten weiter berücksichtigen.** Eine der wesentlichen Entscheidungen von CDU und CSU zur Vollendung der Deutschen Einheit war es, die ostdeutschen Rentner und Arbeitnehmer in die gesamtdeutsche Rentenversicherung einzubeziehen. Dies ist eine eindrucksvolle gesamtdeutsche Solidaritätsleistung. Die Renten Anpassung in diesem Jahr zeigt, dass eine Angleichung der Renten in Ost und West mit dem geltenden Recht zu erreichen ist. Die gestärkte Wirtschaft im Osten führt voraussichtlich auch in den kommenden Jahren zu weiteren Anpassungsschritten, die dazu führen werden, dass das jetzige Niveau von 92

Prozent des Westniveaus sich rasch weiterentwickeln wird. Dies wollen wir nicht gefährden. Daher halten wir an der Rentenberechnung nach geltendem Recht fest. (S60) **Aufarbeitung SED-Unrecht fortsetzen** Bis heute konnten fast 50 000 Opfer des SED-Regimes von der durch die unionsgeführte Bundesregierung geschaffenen Ehrenpension profitieren. In der laufenden Wahlperiode haben wir zahlreiche Verbesserungen zugunsten der SED-Opfer umgesetzt. In der nächsten Wahlperiode werden wir prüfen, ob eine Anpassung der Opferpensionen angesichts der Rentenerhöhungen der letzten Jahre möglich ist“. (S60)

Sonstiges

„**Mehr Transparenz in der Alterssicherung schaffen.** Wir wollen, dass sich jeder Bürger über Fragen der Alterssicherung gut informieren und in Zukunft besser nachvollziehen kann, welche Anwartschaften er in den verschiedenen Säulen der Alterssicherung angespart hat. Daher setzen wir uns für eine unabhängige und übergreifende Informationsplattform ein, auf der alle Ansprüche aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge sicher, einfach und übersichtlich zusammengefasst sind.“ (S74) **Stabilisierung der Künstlersozialversicherung** Viele selbstständige Künstler, freie Journalisten, Schriftsteller und Autoren leben in wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen. Mit der Künstlersozialversicherung, ..., haben wir ein bewährtes Instrument, um freischaffenden Künstlern und Publizisten Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zu ermöglichen. Unser vorrangiges Ziel ist es, einen Anstieg des Abgabesatzes zu verhindern. (S106)

Rentenzahlung für Stadträte/Bürgermeister „Unser Gemeinwesen ist auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wir brauchen vor Ort den breiten Sachverstand der Stadt- und Gemeinderäte, der Ortsvorsteher und der ehrenamtlichen Bürgermeister. Ihren Einsatz wollen wir weiter unterstützen. Deshalb wollen wir auf Dauer sicherstellen, dass Aufwandsentschädigungen für diese Wahlämter nicht die Rente mindern.“ (S70) **Wieder ein Spezialversprechen für eine Spezialgruppe - Die CDU denkt dabei eben Stadträte und Bürgermeister**

Fazit: Kleine Korrekturen am System. Minirenten sollen auf 850 angehoben werden. Aber nur, wenn vorher 40 Jahre Beiträge gezahlt wurden. An mehreren Punkten wird sichtbar, dass künftig Renter auch dazuverdienen sollen. Größte Neuerung: Altersvorsorgepflicht für Selbstständige – aber mit Wahlfreiheit ob privat oder gesetzlich. Davon abgesehen vor allem familienpolitische Maßnahmen: Anerkennung von Mutterschaft oder Pflege von Angehörigen in der Rentenkasse. Z.B. Wer vor 1992 Mutter wurde, soll etwas mehr Rente erhalten (warum nur vor diesem Jahr, bleibt offen) Konfliktpotential mit der FDP. Die lehnt eine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige komplett ab ebenso wie die familienpolitischen Maßnahmen in Bezug auf Rente.

3. Die Linke

Das Wahlprogramm hat 86 Seiten mit einem Vorwort und 6 Kapiteln: 38.522 Wörter. Kernaussage: zum Thema Rente bereits im Vorwort: "Die Renten dürfen nicht nur vor Armut schützen, sie müssen den Lebensstandard sichern. Endlich auch im Osten Deutschlands!" (S6),! ...Renten so zu erhöhen, dass sie nicht nur vor Armut schützen!"(S7) „Die Ausweitung von Leiharbeit und Hungerlöhnen, die Hartz-Gesetze, die Rente mit 67, die Abschaffung der paritätischen Finanzierung der Sozialsysteme, die Deregulierung der Finanzmärkte und die Steuergeschenke an Konzerne sowie die Senkung des Spitzensteuersatzes sind Ergebnis der Politik von CDU, FDP, SPD und Grünen.“ (S8) „Die Löhne müssen steigen und das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden.....Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto – darunter droht die Armut.“ (S9) „ ...Einführung des Mindestlohns von 10 Euro die Stunde, Zurückdrängen von Leiharbeit, Befristungen und Minijobs, Erhöhung der Renten, Rücknahme der Rente erst ab 67 Jahren, Lohn und Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland. „ (S10) **Das sind klare ansagen in kurzen prägnanten Sätzen: und im Einzelnen ?**

Das Kapitel „Gute Rente“ beginnt mit einer Bestandsaufnahme:

„Die Beiträge, die in die Rentenversicherung eingezahlt werden, sind zunehmend weniger »wert«: Durch den rentenpolitischen Kahlschlag der vergangenen Jahre soll das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente bis 2030 noch weiter sinken – bis auf 43 Prozent. Eine Rente von ehemals 1.000 Euro ist dann nur noch 800 Euro wert. Die Lücken sollen die Beschäftigten selbst schließen, indem sie privat vorsorgen. Diese Rechnung geht nicht auf: Viele brauchen ihr ganzes Einkommen, um den Alltag zu finanzieren und können sich eine zusätzliche Altersvorsorge buchstäblich nicht leisten. Zudem sind die Versicherungsangebote oft schlecht. Bei vielen Riester-Verträgen sind die Verwaltungskosten so hoch und die Renditen so schwach, dass das Geld genauso gut unter die Matratze gelegt werden könnte. Die milliardenschwere Förderung der Privatvorsorge durch die Steuerzahlenden nützt vor allem der Versicherungsindustrie und erhöht gravierend das nach Rendite suchende Privatkapital auf den Finanzmärkten. So werden vorhandene Krisen geschürt und neue geschaffen. Immer mehr Menschen müssen im Alter Grundsicherung beantragen oder trotz ihres verdienten Ruhestandes weiter arbeiten. (S18)

Rentenhöhe:

Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss **wieder auf 53 Prozent erhöht** werden, damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden kann und die Renten für alle spürbar steigen. Die Voraussetzung dafür ist, dass **die seit der Agenda-Politik eingeführten Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel gestrichen** werden. (S18)

Mindestrente:

Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine Solidarische Mindestrente einführen. Diese speist sich zum einen aus den eigenen beitragsbegründeten Rentenansprüchen und zum anderen aus Steuermitteln für diejenigen, deren Einkommen und Vermögen zu einem Leben unterhalb der Armutsgrenze führen würden. Daher setzen wir uns in der kommenden Wahlperiode für eine **Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto ein**. Höhere Mietkosten sollen mit dem Wohngeld aufgefangen werden. Sonderbedarfe z. B. für chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen werden im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung gewährt. (S19) **Offene Frage: Wie würde sich das auf die Beiträge auswirken? Im demografischen Wandel? Mehr Belastung der jüngeren Generation? Dazu macht das Wahlprogramm keine Aussagen! Vermutung: Die Linke fordert ja ein völlig neues Rentensystem, in das ALLE einzahlen und bei dem es keine Beitragsbemessungsgrenze gibt. (aber Rentenhöhe gedeckelt ist) Könnte das reichen um die Mehrkosten hereinzubekommen? (Siehe Absatz ‚vollkommen anderes Rentensystem‘)**

Rente für Mütter:

„So sollen **unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes** Müttern oder Vätern drei Jahre Kindererziehungszeiten in der Rente angerechnet werden.“ (S18) **Ähnlich wie bei der CDU, nur hier drei Jahre statt ‚ein Rentenpunkt‘.**

Rente für Geringverdiener / Arbeitslose

„Wir wollen die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.“ (S18) **Auch sehr unkonkret.**

Renteneintrittsalter

Alle wissen, dass die Rente erst ab 67 für die meisten Menschen nicht machbar ist. Sie können gar nicht so lange arbeiten, weil sie nach einem langen Arbeitsleben nicht mehr gesund sind oder in diesem Alter keine Arbeit mehr haben oder bekommen. So kommt die Rente erst ab 67 meist einer erheblichen Rentenkürzung gleich. Der materiell halbwegs abgesicherte Lebensabend gerät so in Gefahr oder wird von vornherein zur Illusion. Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden – ohne Wenn und Aber. **Jede und jeder muss wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. ... Nach 40 Beitragsjahren – einschließlich gleichgestellter Zeiten – wollen wir einen abschlagsfreien Einstieg in die Rente schaffen. Das soll bereits ab dem 60. Lebensjahr möglich sein...**(S19) **Auch hier keine Aussage: Wie würde sich das auf die Beiträge auswirken? Im demografischen Wandel? Mehr Belastung der jüngeren Generation? Evtl durch den im folgenden geforderten Systemwechsel?**

Ein neues Rentensystem

Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen – auch die von Selbständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern. Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben, die Rentenhöhe ist abzuflachen (S19) **Wieder ein kurzer Satz – aber mit entscheidendem Inhalt. Genaugenommen ein völliger Umbau des Systems. Interessant Im Kern entspricht das dem System der SCHWEIZ! Auch dort gibt es keine Beitragsbemessungsgrenze, Selbst bei extrem hohe Einkommen werden immer dieselben Prozentsätze als Beitrag zur Rentenversicherung erhoben.. Es gibt keine Obergrenze für Beiträge: ABER Die Rentenhöhe ist gedeckelt, egal wie viel man eingezahlt hat, die spätere Rentenhöhe ist auf maximal knapp 2000 Euro gedeckelt. Die Mindestrente beträgt umgerechnet knapp 1000 Euro. Die LINKE scheint etwas ähnliches zu wollen. Dadurch könnten Mehreinnahmen in der Rentenversicherung entstehen. Aber reicht das, um die Mehrausgaben durch wieder gesenktes Renteneintrittsalter, höhere Renten etc zu finanzieren?..**

Beitragshöhe der Arbeitgeber

Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen **paritätisch von den Beschäftigten selbst und den Unternehmen bzw. Auftraggeberinnen und Auftraggebern finanziert** werden. Das gilt für alle Erwerbstätigen. Die Beitragshöhe soll sich nach dem angestrebten Sicherungsziel richten und nicht nach der Zahlungswilligkeit der Unternehmen.

Ost-West

DIE LINKE fordert, den Rentenwert Ost zügig an das Westniveau anzugleichen. Die **Angleichung muss spätestens bis Ende 2017 abgeschlossen sein**. Die Lebensleistung in Ost und West muss endlich in gleicher Weise anerkannt werden. Die Angleichung darf nicht zum Nachteil der heute Versicherten führen. Deshalb muss die Hochwertung der

ostdeutschen Löhne und Gehälter erhalten bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen zwischen Ost und West gibt (S19 und wortgleich S58).

Riester Rente

„Wir wollen die Möglichkeit schaffen, die in Riester-Verträgen erworbenen Ansprüche auf die gesetzliche Rente zu übertragen.“

Fazit: Die LINKE verspricht mit einer Mindestrente eine deutliche Verbesserung für Geringverdiener, dazu (wieder) höhere Rentenzahlungen und früheren Renteneintritt. Durch den demografischen Wandel wird das für künftige Generationen, potentiell teuer. Der gleichzeitig avisierte Umbau der Rentenversicherung zur Pflichtversicherung für ALLE Erwerbstätigen erhöht nicht zwangsläufig die Einnahmen bzw bedeutet für neu hinzugekommene Versicherten später auch zusätzliche Rentenzahlungen. Durch Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei gleichzeitiger Festlegung einer Maximalrente (Schweizer System) könnte das System unter Umständen doch finanzierbar werden. Dies ist aber im Wahlprogramm durch konkrete Zahlenangaben berechenbar gemacht.

4. SPD

Statistik: Das Wahlprogramm hat 128 Seiten in 6 Kapiteln. Es enthält 42.824 Wörter. Aussagen zur Rente sind dabei deutlich weniger enthalten als in anderen Wahlprogrammen und finden sich nur in den entsprechenden Einzelkapiteln. Dort findet sich (Auf Seite 80) dann folgende Kernaussage: „Wir wollen die **Alterssicherung stärken**. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die erste Säule der Alterssicherung und Grundlage für den Schutz vor Armut im Alter. Sie bildet zugleich die persönlichen Leistungen der Versicherten in ihrem Arbeitsleben ab. Sie muss den Veränderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt Rechnung tragen.“

Rentenhöhe

„Wir werden das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechterhalten. 2020 gilt es neu zu bewerten, wie über die Wirkungen der Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen und Produktivität die Ankoppelung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist. In diese Überprüfung sind auch die vorgeschlagenen Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. So werden realitätsnahe Festlegungen für den notwendigen Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem lebensstandardsichernden Rentenniveau möglich. (S80) **Das ist doch sehr unkonkret !**

Mindestrente

Wir wollen eine Solidarrente einführen: Wer langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und Beiträge gezahlt hat, muss eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn werden wir darum eine „Solidarrente“ einführen. Sie sorgt dafür, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die **Rente nicht unter 850 Euro liegt**“(S80) **Das ist der gleiche Betrag, den auch die CDU verspricht, allerdings an einfacher erreichbare Bedingungen geknüpft Die SPD macht immerhin eine konkrete Angabe, wie sie diese Mindestrente finanzieren will:** „Die Kosten **der Solidarrente finanzieren wir aus Steuermitteln**“. (S81)

Renteneintrittsalter

„Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute wegen der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglichen. Dafür schlagen wir differenzierte Angebote für den **Übergang vom Erwerbsleben in die Rente vor: den abschlagsfreien Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren**, eine attraktive Teilrente ab dem 60. Lebensjahr oder vergleichbare flexible Übergangsmodele, bei denen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen Tarifverträge abgeschlossen werden können, den abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Zurechnungszeit, erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung. Wir wollen nicht, dass sich die Anhebung des Renteneintrittsalters wie eine Kürzung der Renten auswirkt. Sie ist erst dann möglich, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist und weitere Rentenansprüche erwerben kann. In diesem Sinne werden wir die Überprüfungsklausel im Gesetz anwenden.“ (S23) **Auch zur Finanzierung macht die SPD eine Angabe, siehe folgender Punkt:**

Rentenbeiträge

„Die Finanzierung des abschlagsfreien Rentenzugangs nach 45 Versicherungsjahren, der verbesserten Erwerbsminderungsrente und der Stabilisierung des Rentenniveaus werden wir durch einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und den Aufbau einer höheren Nachhaltigkeitsreserve sicherstellen“. (S81) **Als einzige**

Partei erwähnt die SPD, dass manche geplanten Verbesserungen wohl nur durch höhere Beiträge der jeweils noch arbeitenden Generation möglich sind. Es gibt allerdings keinen Hinweis darauf, wie viel höher die Beiträge dann sein müssten.

Selbstständige in die Rentenversicherung?

„Solo-Selbstständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung wollen wir besser absichern, etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung auf drei Jahre, durch die **Aufnahme von Solo-Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung** sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards und -honorare in öffentlich geförderten Projekten und Einrichtungen“ (Seite 23) „Die Einbeziehung der Selbstständigen ohne obligatorische Altersversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung reduziert ihr Armutsrisiko im Alter. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen.“ (S81)

Neues Rentensystem / Ausweitung des Versichertenkreises

Mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung machen wir einen Schritt zu einer **Erwerbstätigenversicherung**, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. (S72). **Dies ist ein – wenn auch sehr vager – Hinweis auf eine ähnliche Veränderung, wie sie sehr viel konkreter von der LINKEn beschrieben wird. Bei der SPD allerdings sehr, sehr vage**

Anrechnung von Erziehungszeiten.

Zur Solidarrente zählt auch, familienbedingte Erwerbsverläufe in der Alterssicherung besser abzubilden. Wir wollen in angemessenem Umfang Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausdehnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, und so gezielt Rentenansprüche für Eltern verbessern, die wegen fehlender Betreuungsinfrastruktur nicht Vollzeit arbeiten konnten. (S81) **Ähnlich wie auch CDU und LINKE nur hier ohne Konkrete Zahlenangabe**

Ost-West

Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Abschaffung des geteilten Rentenrechts ebenfalls eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes. In unserem Rentenkonzept ist der Stufenplan zum Erreichen dieses Ziels ein wichtiger Punkt. Damit sind wir die erste Partei, die ein in sich geschlossenes Konzept umsetzen will (S31) „... Voraussetzung für die Angleichung der Renten sind Fortschritte bei der Angleichung der Löhne. Ein in Ost und West gleicher, gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Tarifbindung und ein höheres Lohnniveau werden in den ostdeutschen Ländern besonders wirksam werden und die derzeitige Lücke bei Löhnen und damit Rentenansprüchen weiter schließen. Die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West wollen wir in Stufen bis 2020 erreichen. ... Wir werden als ersten Schritt alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten (Kindererziehungszeiten, Versicherungszeiten für pflegende Angehörige, Zeiten des Wehr- und Zivildienstes sowie Zeiten für die Beschäftigung in Behindertenwerkstätten) einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnen. Mit der Angleichung der Rentenwerte wird der Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abgeschafft..(S81)

Betriebliche Vorsorge

Vor allem die betriebliche Altersversorgung hat in vielen Branchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Wir wollen die Stärkung und eine größere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung. Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung. Wir wollen sie stärken und **durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen durchsetzen, in denen sie derzeit wegen geringer Tarifbindung nur wenig genutzt wird**. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge darf dabei nicht allein von den Beschäftigten getragen werden. (S80)

Riester-Rente

Bei der Riester-Rente werden wir für eine **deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz** sorgen. (S80) **Ein schöner Satz aber nichts konkretes**

Fazit: Mindestlohn – Eindämmung von befristeten Arbeitsverträgen – Gleicher Lohn für Leiharbeiter - verbesserte Mitbestimmung auch bei (relativ) kleineren Betrieben – und ein verstärktes Angebot von öffentlich geförderten Arbeitsplätzen... Genaugenommen eine recht deutliche Rücknahme vieler in der Agenda 2010 umgesetzten Maßnahmen – in der Stoßrichtung ähnliche wie die Linke, aber in den Details deutlich moderater.

5. Grüne

Das Monster unter den Wahlprogrammen: 337 Seiten, 89.831 Worte in 19 Kapiteln. Vom Umfang her: klarer Sieger. Grundaussage zum Thema Rente im Vorwort: „, Zukunft schaffen – das heißt vorsorgen..Das gilt für die Arbeitsmarktpolitik, in der wir Rahmenbedingungen für altersgerechte Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen, damit die Beschäftigten gesund bis zur Rente arbeiten können. Das gilt in der Rentenpolitik, in der wir mit der Garantierente auch zukünftigen Generationen das Vertrauen in die Alterssicherung zurückgeben wollen.“(S 23) **Das Kapitel zur Rente beginnt mit folgender grundsätzlicher Feststellung:** „Rentnerinnen und Rentnern geht es in Deutschland im Durchschnitt noch vergleichsweise gut. Altersarmut ist aber schon heute ein Problem. Mehr als zwei Millionen Ältere in Deutschland haben ein Einkommen unterhalb der EU-Armutsgrenze. Angesichts unsteter Erwerbsbiografien, weit verbreiteter Niedriglöhne und eines sinkenden Rentenniveaus wird die Altersarmut noch zunehmen. Das betrifft vor allem Frauen, die aufgrund tradierter Rollenzuweisungen und nicht vorhandener Betreuungsplätze nicht oder in Teilzeit erwerbstätig waren und sind. Dem setzen wir eine Strategie einer gerechten Arbeitsmarktpolitik sowie Maßnahmen innerhalb der Rentenversicherung zum Aufbau eigenständiger Ansprüche und der Garantierente entgegen.“ (S134)

Mindestrente

„Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde, dass Menschen, die langjährig rentenversichert waren, als RentnerInnen nicht auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Diesen Menschen muss im Alter der Gang zum Amt erspart bleiben. Unsere Antwort ist **die steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro**. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzungen für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören Beitragszeiten, nrechnungszeiten, z. B. wegen Arbeitslosigkeit, Zurechnungszeiten wegen Erwerbsminderung, Berücksichtigungszeiten wegen Pflege und (bis zum Rechtsanspruch auf U3-Betreuung) Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit und Vollzeit. Die Voraussetzungen für die Garantierente haben wir bewusst so gewählt, dass sie nicht nur von Männern, sondern insbesondere auch von Frauen gut zu erreichen sind. Private und betriebliche Ansprüche werden nur teilweise auf die Garantierente angerechnet. Damit sorgen wir für eine zielgruppengenaue Bekämpfung der Altersarmut, die Steuer- und BeitragszahlerInnen nicht mehr als notwendig belastet.“ (S134) **Die Mindestrente scheint weitgehend Konsens auch in Bezug auf die Höhe: von CDU über SPD bis zu den Grünen. Bei den Grünen sind aber die Grundvoraussetzungen am geringsten. Zudem wird hier eine eindeutige Finanzierung aus Steuermitteln vorgesehen.**

Rentenhöhe

„Die Sicherung eines Lebensstandards jenseits der Armutsgrenze im Alter ist eine der Grundaufgaben eines modernen Sozialstaats. Wir setzen dafür auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau, damit das Vertrauen in das Rentensystem über die Generationen hinweg bestehen bleibt. Wenn junge Menschen lange in die Rentenversicherung einzahlen, dann müssen sie auch eine angemessene Rente erhalten.“(S135) **Keine konkreten Angaben über Rentenhöhe, eher Tendenz die Rentenhöhe wie geplant abzuschmelzen**

Rentenversicherung für Selbstständige

„Außerdem wollen wir Selbstständige, die keine ausreichende anderweitige Vorsorge haben, in die gesetzliche Rentenversicherung so einbeziehen, dass es sie finanziell nicht überfordert und sich ihnen so auch ein Weg in die Garantierente eröffnet.“ (S66) **Selbstständige, die keine ausreichende anderweitige Vorsorge haben ? Das klingt sehr vage – wie soll das definiert und geprüft werden ?**

Neues Rentensystem

„Durch die schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer BürgerInnenversicherung, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sowie durch Maßnahmen für ein höheres Lohnniveau wollen wir ein angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen erreichen.“ (S136) Mittelfristig soll **die Rentenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickelt** werden, in die alle Bürgerinnen und Bürger, das heißt **auch BeamtInnen, Selbständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen**. Das ist für uns sowohl eine Frage der Gerechtigkeit wie der ökonomischen Nachhaltigkeit. Gleichzeitig werden dadurch Versicherungslücken geschlossen und eigene Ansprüche aufgebaut, die präventiv vor Altersarmut schützen. Als erste Schritte wollen wir wieder Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose einführen, die Minijobs vollumfänglich und auch die bisher nicht pflichtversicherten Selbständigen in die Rentenversicherung einbeziehen. (S136) **Ähnliche Richtung wie bei den LINKEn, aber hier keine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze**

Anrechnung von Erziehungszeiten

„Die geringeren Rentenansprüche für Kindererziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sind ungerecht. Mit unserer Garantierente schaffen wir insbesondere auch für Frauen, die wegen Kindererziehung nicht erwerbstätig sein konnten, einen Einstieg in eine gerechte und armutsfeste Rente. Damit Frauen eine bessere

eigenständige Absicherung erhalten, wollen wir das Rentensplitting bereits in der Ehe obligatorisch machen und Kindererziehungszeiten stärker anrechnen“ (S136) **Stärkere Anrechnung von Erziehungszeiten auch hier aber nicht konkret ausformuliert**

Renteneintrittsalter

„Die Lebenserwartung steigt glücklicherweise weiter an, die Dauer des Rentenbezugs hat sich deutlich verlängert. Die Zahl der erwerbstätigen BeitragszahlerInnen wird dagegen zukünftig zurückgehen. **Im Sinne der Generationengerechtigkeit bleibt der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre notwendig.** Diese Entscheidung ist aber nur vertretbar, wenn sie mit besseren Arbeitsmarktchancen für Ältere einhergeht. Dafür braucht es mehr altersgerechte Arbeitsplätze, bessere betriebliche Gesundheitsförderung und individuelle **Übergangslösungen in den Ruhestand, insbesondere durch eine Teilrente ab 60 Jahren. Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zur Altersgrenze arbeiten können, wollen wir die abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder auf das 63. Lebensjahr zurücksetzen.** Wer hingegen allein aufgrund medizinischer Diagnose und Prüfung eine Erwerbsminderungsrente erhält, sollte diese ohne Abschläge erhalten.“ **Die Grünen scheinen von allen Oppositionsparteien mit dem steigenden Rentenalter am wenigsten Probleme zu haben**

Arbeiten bis zur Rente

„Unsere Gesellschaft braucht die älteren Beschäftigten, denn sie haben durch ihren Erfahrungs- und Wissensschatz eine wichtige Funktion im Betrieb. Die Wirtschaft muss umdenken und wieder stärker auf die erfahrenen Beschäftigten setzen. Notwendig sind alters- und alternsgerechte Arbeitsbedingungen, denn der demografische Wandel wird vor allem dann zum Problem, wenn die Beschäftigten nicht bis zur Rente durchhalten. Deshalb müssen die Fähigkeiten, Stärken und Möglichkeiten der Beschäftigten bei den Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt stehen. Die Politik muss dafür den gesetzlichen Rahmen vorgeben.(S101) Zum Schutz der Beschäftigten und mit Blick auf den demografischen Wandel sind alters- und alternsgerechte Arbeitsbedingungen das Gebot der Stunde, denn die Beschäftigten sollen gesund bis zum Renteneintritt arbeiten können. So schaffen wir Arbeit, die nicht krank macht“ (S103).**Das steht so ähnlich auch bei der CDU ☺** „...Arbeitsmarktpolitik, in der wir Rahmenbedingungen für alters- und alternsgerechte Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen, damit die Beschäftigten gesund bis zur Rente arbeiten können „(S23)

Rentenansprüche auch bei Minijobs

„Außerdem streichen wir die Ausstiegsklausel aus der Rentenversicherung, so dass zukünftig mit einem Minijob immer auch Rentenansprüche erworben werden“. (S94)

Riesterrente

„Die gesetzliche Rentenversicherung ist aus unserer Sicht die zentrale und weiter zu stärkende Säule der Alterssicherung. Dennoch halten wir eine Risikomischung bei der Altersvorsorge für grundsätzlich richtig, weil das die Chance auf eine höhere Rendite ermöglicht. Private und betriebliche Alterssicherung sind wichtig für die Lebensstandardsicherung im Alter. Dafür wollen wir die Riesterrente grundlegend reformieren. Wir wollen ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge einführen.“ (S135) Da bei der privaten Altersvorsorge viel zu viel Geld in den Taschen der Vermittler und Anbieter landet, brauchen wir einen verbraucherpolitischen Neustart der Riesterrente und anderer Produkte der privaten Altersvorsorge.“ (S187)

Ghetto-Rente

„Wir wollen auch dem einstimmigen Beschluss des Bundestags aus dem Jahr 2002 endlich gerecht werden und die sogenannte Ghetto-Rente an die Überlebenden der Schinderei in den Ghettos der Nationalsozialisten rückwirkend bis 1997 auszahlen, wenn ihre Anträge über Jahre verschleppt wurden. Mit zynischen bürokratischen Hürden spielten die Rentenversicherer und jetzt das Kabinett Merkel auf Zeit und bringen so noch etwa 20.000 Überlebende um die ihnen zustehende Rente“ (S137) **Auch hier wieder ein spezieller Punkt für eine spezielle Gruppe.**

Fazit: Mindest-Garantierente, Steuerfinanziert, mit niedrigeren Einstiegsvoraussetzungen als bei CDU und SPD – dafür aber nur sehr moderate Korrekturen am höheren Renteneintrittsalter. Keine Versprechen für Rücknahme der (wegen Demografieentwicklung) sinkenden Rentenansprüche. Langfristige Pläne, alle Berufsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen – aber bei weitem nicht so konkret und radikal wie bei der Linken. Insgesamt sind die Grünen hier – anders als beim Thema Steuern und Arbeit – hier deutlich moderater und auch weniger konkret .
